

Mit seinem Leserbrief vom 13. August zum Ausstieg des Tübinger Uni-Klinikums aus dem Bundes-Angestellten-Tarif (BAT) hat sich der Tübinger Grünen-Landtagsabgeordnete Boris Palmer nicht nur Freunde gemacht.

»Große Lücken«

Sehr geehrter Herr Palmer, Ihr Leserbrief zu den Tarifaufeinandersetzungen am Uniklinikum Tübingen macht deutlich, dass Ihre Sachkenntnis über die Vorgänge große Lücken aufweist. So begründen Sie den Ausstieg damit, dass der BAT viel zu verkrustet sei und die öffentlichen Arbeitgeber und die Gewerkschaft eine Reform des BAT seit Ewigkeiten verschleppt hätten. Hier müssten Sie schon deutlich sagen, was Sie unter einer Reform des BAT nach Ihrem Willen verstehen, denn mit Ihren Ausführungen gehen Sie grundsätzlich davon aus, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes viel zu viel Geld verdienen würden.

Den BAT dann in den Zusammenhang mit der Einführung der DRG-Richtlinien zu bringen, macht erst recht deutlich, dass Sie vom Gesundheitswesen und seiner Finanzierung keine Ahnung haben (...). Es war seinerzeit Ihre Parteikollegin, Frau Fischer, die DRGs als Grundlage in das Gesundheitssystem eingeführt hat, und dabei wurde von ihr übersehen, dass die Universitätskliniken besondere Berechnungsarten für die DRG-Systeme benötigen, denn eine Universitätsklinik ist nicht mit einem normalen Krankenhaus oder mit einem Krankenhaus der Maximalversorgung zu vergleichen, da es einen wesentlich höheren technischen Standard besitzt. Somit krankt das DRG-System nicht an den tarifrechtlichen Vorschriften der Beschäftigten, sondern an der Unkenntnis der politisch Verantwortlichen, die davon ausgehen, dass alle Behandlungsmethoden untereinander vergleichbar wären und jedes Kreiskrankenhaus auch im Hinterland ohne größere technische Ausstattung den gleichen Preis erhält, wie eine hochmoderne Universitätsklinik, die dementsprechend auch Personal und Sachmittel vorhalten muss, um diesen Standard anzubieten (...).

Bemerkenswert finde ich auch Ihre Aussage, dass Sie davon ausgehen, dass die Beschäftigten keine Nachteile bei einer Neuorganisation des BAT erleiden sollten, denn immerhin hätte das Universitätsklinikum zugesagt, die Lohnsumme nicht zu verändern. Wer davon ausgeht, dass die Beschäftigten für den gleichen Monatsverdienst dreieinhalb Stunden mehr arbeiten und dann behauptet, dass dies keiner Lohnabsenkung gleichkommt, der muss schon in der Grundschule bei den Grundrechenarten gefehlt haben, denn nach Adam Riese macht diese Verlängerung der Arbeitszeit um dreieinhalb Stunden eine Lohnkostensenkung von acht Prozent aus. Gleichzeitig wurde das Urlaubsgeld gestrichen und das Weihnachtsgeld reduziert, so dass jetzt schon eine Gehaltsreduzierung von mindestens zehn bis elf Prozent vorliegt (...).

Lieber Herr Palmer, wenn Sie nicht alles verstanden haben, was im BAT steht, sollte man sich den nötigen Sachverstand besorgen, bevor Forderungen erhoben werden. Uns bleibt nur anzumerken, dass auch wir noch nie verstanden haben, warum Landtagsabgeordnete eine steuerfreie Unkostenpauschale erhalten, obwohl ihnen alle Unkosten separat vom Steuerzahler ersetzt werden und es sich hierbei um eine indirekte steuerfreie Vergütung handelt, aber reden wir hier von Verkrustungen, die dringend zu verändern sind (...).

Klaus Biener, Gewerkschaftssekretär
Verdi, Bezirk Neckar-Alb, Reutlingen,
Siemensstraße 3

»Schlag ins Gesicht«

Meiner Meinung nach ist Boris Palmer getrieben von dem Motto: Any publicity is good publicity. Er wusste also genau, dass sein öffentliches Eintreten für den BAT-Ausstieg nicht ohne Reaktion bleibt. In gewisser Weise bin ich ihm nun auch auf den Leim gegangen. Sein zur Schau gestelltes Märtyrertum darf jedoch nicht ohne Kommentar bleiben!

Wer sind Sie, dass der Klinikumsvorstand sich unverzüglich an Ihre Forderungen hält beziehungsweise überhaupt davon Notiz nimmt? Mit keinem Wort erwähnen Sie den Dialog mit den unmittelbar Betroffenen des Tarifausstiegs, den Beschäftigten des Uniklinikums. Sollte es gar nicht stattgefunden haben? Der BAT war sicher in vielen Teilen verbesserungswürdig. Dass der Ausstieg stattfand, um etwas zu Gunsten der Beschäftigten zu ändern, bezweifle ich jedoch sehr stark. Eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in Bezug auf Personalschlüssel, Arbeitszeit und Entlohnung ist jedoch ein Schlag ins Gesicht für alle, die sich bisher trotz widriger Bedingungen anstrengen, eine möglichst gute Patientenversorgung zu gewährleisten.

Martin Bernhardt, Krankenpfleger,
Wannweil, Katharinenstraße 4

»Würde keiner sagen«

Was läuft schief an den Unis in unserem Land? Kann ein Professor 100 Mal mehr arbeiten wie ein Pflegedienst? Nein, kann er nicht, aber warum verdient er dann 100 Mal mehr? In Tübingen sogar bis zu 40 000 Euro pro Monat. Ist das kein Schwarzgeld? Der Herr Prof. nimmt das Eigentum der Klinik in Anspruch, um tüchtig abzusahnen.

Allerdings hat Boris Palmer Recht, wenn er sagt: „Kein Uni-Bediensteter schafft sich zu Tode“, wenn er zweieinhalb Stunden länger schafft. Schaut euch mal das Handwerk an, da würde keiner sagen, das mach i nett, jetzt hab ich 42 Stunden voll.

Elmar Zebisch, Rottenburg,
Metzelplatz 4

»Immer ungerechter verteilt«

Mit dem Ausstieg des Universitätsklinikums aus dem BAT wollen die Arbeitgeber längere Arbeitszeiten und niedrigere Löhne durchzusetzen. Die Beschäftigten des Universitätsklinikums werden zudem um die Zusage betrogen, dass Sie durch die Versetzung des Klinikums keine Nachteile gegenüber Ihrer bisherigen Anstellung beim Land haben werden. Verhandlungen über die Modernisie-

rung des BAT, mit besonderen Regelungen für Krankenhäuser, werden seit Januar 2003 geführt und sind kein Verdienst von Boris Palmer.

Von einem „Klammern an den starren und überholten BAT“ kann also keine Rede sein. Durch den Ausstieg aus dem BAT haben sich die Universitätskliniken aus den Verhandlungen verabschiedet. Das ist die Botschaft, Herr Palmer, die bei mir ankommt. Und wenn ich die Nachrichten über die Gewinne der Konzerne richtig lese, sind wir kein armes Land. Nur der erarbeitete Reichtum wird immer ungerechter verteilt.

Und wer dafür Verständnis hat - ist für mich nicht wählbar! Statt fehlende Einnahmen durch ungerechten und unsozialen Stellenabbau und Lohnsenkung auszugleichen, müssen alle Menschen zur Finanzierung der Krankenkassen beitragen und zwar entsprechend ihrem Einkommen. Besser verdienende dürfen sich nicht, wie bisher, einem solidarischen Gesundheitssystem entziehen. Wer viel hat, zahlt viel. Wer wenig hat, zahlt wenig.

Thomas Nissel (Personalrat an der
Universität Tübingen)
Tübingen, Hartmeyerstraße 6

»Substanzloses Gerede«

Zunächst bedarf es keines selbstgefalligen, selbst ernannten, uniformierten Tarifexperten Boris Palmer, der den Klinikumsvorständen der Uniklinika den Weg aus dem BAT in einen Spartentarif weist; dies besorgen die Klinikumsvorstände in ihrer Selbstherrlichkeit und Unvernunft schon selbst; trotz bestehender spartentariflicher Regelungen für Krankenhäuser im BAT. Um jedoch die Tarifverträge des öffentlichen Dienstes zu reformieren, wurde im Januar 2003 die „Prozessvereinbarung“ zwischen den öffentlichen Arbeitgebern und der Gewerkschaft Verdi vereinbart. Die Landesarbeitgeber und Klinikumsvorstände haben es vorgezogen, Tarifbruch zu begehen und sich somit als Verhandlungspartner selbst diskreditiert und sich aus diesem Reformprozess katapultiert.

Was die Klinikumsvorstände der vier Uniklinika Baden-Württembergs in einer von ihnen eingerichteten Arbeitsgruppe als „Freiburger Arbeitsvertragsverhandlungen“ vorgelegt haben (Juni 2004), um den BAT zu ersetzen, hat mit spartenspezifischen Tariflösungen nichts zu tun. Hier ein Auszug: Die Erhöhung der Arbeitszeit auf 41 Stunden/Woche ohne Lohnausgleich, die Absenkung der Löhne und Gehälter um bis zu 25 Prozent - zuzüglich das Streichen von Urlaubs- und Weihnachtsgeld; die Abschaffung des Überstundenbegriffes, um Zuschläge zu sparen und Arbeit auf Zuruf zu ermöglichen; die Ausbildungsvergütung ist nicht mehr geregelt, dasselbe gilt für die innerbetriebliche Fort- und Weiterbildung und die Betriebsrente: die Kündigungsfristen werden verkürzt; Familienzuschläge und Sozialzuschläge werden gestrichen; das für Erziehende wichtige tarifliche Recht auf Teilzeit wird abgeschafft; Gehaltserhöhungen gibt es nur noch im Rahmen der Budgeterhöhungen, und viele weitere Verschlechterungen, dies bei den nicht gerade üppigen Vergütungen der Beschäftigten der Klinika.

Wie man sieht, geht es den Klinikumsvorständen also nicht um spartentarifliche Lösungen, sondern um existenzvernichtende Lohnkürzungen und das rücksichtslose Zusammenstreichen von tariflichen Rechten. Herr Palmer, sieht so der „Erfolg“ ihrer Bemühungen um einen Spartentarif „auf Arbeitgeberseite“ aus? Oder ist ihnen etwas entgangen? Auf ihr Leddagschwätz über einen Spartentarifvertrag jedenfalls können die Beschäftigten der Uniklinika ebenso verzichten wie auf die „Freiburger Arbeitsvertragsbedingungen“ - diese sind nicht verhandlungsfähig. Ihr substanzloses Gerede lenkt nur ab vom Versagen der schwarz-gelben- und rot-grünen Sozial- und Finanzpolitik in Bund und Land. (...)

Hans Trunk, Tübingen,
Schleifmühlweg 90

Schw. Tagblatt 17. August 2004